

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementpreis durch die Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.; bei freier Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pfg. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine (Viertel-Jahresrat) Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 224/225.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf., Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 224/225. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 16.

Berlin, Sonnabend, 23. Februar 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Thronrede zur Reichstagsöffnung. — Die Entenot in der Landwirtschaft. — Delegiertenrat des Gewerksvereins der Deutschen Bauhandwerker. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1906. — Gewerksvereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Die Thronrede zur Reichstagsöffnung.
Mit dem üblichen Beiwort des Hofzeremoniells wurde der neugewählte Reichstag am 19. Februar, mittags, im Weißen Saale des Schlosses zu Berlin eröffnet. Der formellen Eröffnung ging die Verlesung der Thronrede durch den Kaiser voraus. Die Thronrede begrüßt es, daß bei der Wahl das deutsche Volk bekundet habe, daß es Ehr und Gut der Nation ohne kleinlichen Parteigeist treu und fest geschützt wissen will. In solcher Bürger, Bauern und Arbeiter einigen Kraft des Nationalgefühls ruhten des Vaterlandes Geschicke wohl geborgen.

Von großer Wichtigkeit ist es, daß der Kaiser Johann freiwillig erklärt, gewillt zu sein, alle verfassungsmäßigen Rechte und Befugnisse gewissenhaft zu achten, weil damit den Verfassungen, es könne eine Abänderung des Wahlrechts durch einen Staatsstreich von oben erfolgen, der Boden entzogen ist.

Nachdem die Thronrede die schwebenden Kolonialfragen besprochen, fährt sie fort: Der gesunde Sinn in Stadt und Land hat im Wahlkampf einer Bewegung Halt geboten, die sich, alles bestehende Gute und Lebenskräftige vernennend, gegen Staat und Gesellschaft in ihrer stetigen friedlichen Entwicklung richtet. Die großen grundlegenden Sätze zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen sind gegen den Widerstand der Fraktionen gestanden worden, die sich als die wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen bezeichnen, selbst aber nichts für sie und für den Kulturfortschritt geleistet hat. Gleichwohl zählen ihre Wähler immer noch nach Millionen. Der deutsche Arbeiter darf darunter nicht leiden. Seine Befreiung beruht auf dem Umsturz der sozialen Verpflichtung gegenüber den arbeitenden Klassen und ist daher unabhängig von der jeweiligen Parteigebildung. Die verbündeten Regierungen sind aufzufassen, daß soziale Werte in dem erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen fortzuführen.

Wir nehmen von diesem Versprechen dankbar Notiz. Reichstag und Reichsregierung können durch Erfüllung „der sozialen Verpflichtung gegenüber den arbeitenden Klassen“ die Stimmung der Arbeiter in wachsendem Maße verbessern und immer mehr Arbeiter aus dem Banne sozialistischer Träumereien herausheben und auf den Boden erster Arbeit für das Wohl des Volkes und des Vaterlandes zurückführen.

Die Thronrede erinnert an die Bereitwilligkeit, von dem Vergnügungsrecht größeren Gebrauch machen zu wollen und wünscht, daß auch im Geiste den Bestrafungen wegen Majestätsbeleidigungen engere Grenzen gezogen werden. Es wird dann noch festgestellt, daß die Beziehungen zu den fremden Mächten gut und korrekt sind und daß die Reichsregierung sich an der zweiten Haager Friedenskonferenz beteiligen wird.

Auch diese Fassung wird gewiß bei allen Gewerksvereinen lebhaftest Befriedigung hervorrufen.

Die Entenot in der Landwirtschaft.

Rede unseres Verbandesleiters Hg. Goldschmidt im Abgeordnetenhaus am 12. Februar 1907. (Mittlerer stenographischer Bericht.)

Die Entenot läßt sehr schwer auf der Landwirtschaft. Wenn darin nicht gründliche Abhilfe geschaffen werden kann, dann geht unsere Landwirtschaft der Gefahr entgegen, von der intensiveren Wirtschaft mehr und mehr zu einer weniger intensiven Wirtschaft kommen zu müssen. Das würde einen unannehmen Verlust volkswirtschaftlicher Werte für die ganze Nation bedeuten.

Wenn wir also darin mit allen übrigen Fraktionen übereinstimmen und auch mit der königlichen Staatsregierung, daß die Entenot besteht, und daß wir wirksame Mittel suchen müssen, dieser Not abzuhelfen, so haben wir andererseits auch die Pflicht, einmal tiefer zu forschen, worauf die Entenot zurückzuführen ist. Ich habe in meiner jüngsten Rede zum landwirtschaftlichen Etat bereits auf ein mir als sehr wichtig erscheinendes Moment für die Entenot hingewiesen. In dem ich die Frage selbst keineswegs erschöpfte. Ich glaube, wir können der Erkenntnis der Ursachen wieder einen Schritt näher, wenn wir uns des Wertes erinnern, daß der vorstehende Kollege Dr. Kay Sirch einmal von dieser Stelle aus gesagt hat, als er darauf hinwies, daß die Entenot zum Teil zurückzuführen sei auf die Not der Leute.

(Oh, oh! rechts)
Das kann von niemandem, auch von den in der Landwirtschaft betreibenden Männern nicht ernstlich bestritten werden. Selbst wenn Sie, meine Herren, sich in Anspruch nehmen, daß die von Ihnen beschriebenen Arbeiter in günstigen Verhältnissen leben, dann werden Sie doch nicht verkennen können, daß ausnahmsweise günstige Verhältnisse doch nicht die Regel bilden; jedenfalls wird man anerkennen müssen, daß es viele landwirtschaftliche Betriebe gibt, in denen die Not der Leute sehr groß ist.

(Oh, oh! rechts)
Wenn Sie auch das bestritten, dann fürchte ich, wird Ihnen nicht viel nützen können, was von Staats wegen zur Aufhebung von Arbeitern auf dem Lande geschieht; denn der Herr Minister hat mit klarem Blick darauf hingewiesen, daß die Arbeiter, die um die Verbesserung ihrer Lage bemüht sind, nicht auf den beim Frieden würden, sich an die Spitze binden zu lassen, daß man die persönliche Freiheit des Arbeiters vollkommen zu wahren habe. Meine Herren, ich! Wenn dies anerkannt wird, dann wird man auch noch einen Schritt weiter tun können, sich unserer Ueberzeugung anzuschließen, daß die Arbeiter in der Landwirtschaft nicht mehr im bestehenden Zustande der Notlosigkeit bleiben können.

(Unruhe rechts)
Dann wird man anerkennen müssen, daß die Arbeiter auf dem Lande den gewerblichen und industriellen Arbeitern in der Stadt in rechtlicher Beziehung gleichgestellt werden müssen. Der Arbeiter auf dem Lande muß das volle Koalitionsrecht bekommen.

(Oh, oh! rechts)
Meine Herren, jetzt sagen Sie „Oh, oh!“ Es wundern mich nur, daß Sie es nicht gesagt haben, als Herr Kollege Dr. Sirch vor wenig Tagen von der Tribüne des Hauses aus dieselbe Forderung gestellt hat. Ich war übrigens erstens darüber, daß das Zentrum durch seinen Reiner das volle Koalitionsrecht auch für die Bauarbeiter verlangte.

Meine Herren, wir wissen, daß die Arbeiter unter dem Unschutze nicht leiden, das gegen sie besteht in der doch nachgerade sehr veralteten Gesetzgebung. Es werden sich die Schäden der Entenot wirklich nicht anders beheben lassen, als daß wir diese Frage des Arbeiterrechts gründlich reformieren und ferner, daß wir uns vor allem weit mehr Mühe geben, für die Bildung der Arbeiter auf dem Lande zu sorgen.

(Oh! rechts; Zuruf: Abtrünnigenrufen!)

(Unruhe rechts)
Meine Herren, ich glaube, daß die verhängnisvollen Bauern und Arbeiter auf dem Lande über einen solchen Zwischenfall, daß man von ihnen das Abtrünnigenrufen verlangen müsse, nur herzlich lachen werden; (Abgeordneter Sirch: Sehr richtig!) denn davon kann selbstverständlich keine Rede sein. Es kann sich natürlich nur darum handeln, daß das bei allgemeiner Bildung der Arbeiter zu gestalten, daß auch die Arbeiter auf dem Lande in der Lage sind, bürgerliche Verpflichtungen, die man doch fast jedem Bürger zuzurechnen muß, zu übernehmen.

(Sehr richtig! bei den Freisinnigen)
Ich möchte Sie doch an den Antrag erinnern, den Frau Abgeordnete v. Dörpingen über die Frage der Arbeiterentlohnung auf dem Lande verfaßt hat, worin sie anregt, man möge befristet sein, Vergütungs- und Bildungsvereine für die ländlichen Arbeiter zu schaffen.

(Hört, hört! links)

Meine Herren, die hochachtbare Frau sagt an einer Stelle etwas, was mir besonders wichtig erscheint. Sie sagt: Rein öffentliches Amt wird vom Lande abgehoben, fast keinem Verein gebührt er an, seine wesentliche Verbesserung steht für ihn und seine Kinder in Aussicht.

Meine Herren, das Gefühl im Menschen, daß er nicht vorwärts kommen kann, daß auch für seine Kinder die Zukunft düster, wie bei ihm die Gegenwart ist, das Gefühl: Du kannst nicht vorwärts kommen — muß ja alle sittlichen Kräfte im Menschen töten!

(Sehr richtig! bei den Freisinnigen)
Daher ist es in der Zeit von großer Bedeutung, wenn man durch Verbreitung von Bildung, durch Verbesserung unserer Schulen auf dem Lande, durch Bibliotheken usw. auch dem Leben der ländlichen Arbeiter einen höheren geistigen Inhalt gibt.

(Sehr richtig! bei den Freisinnigen)
So daß dann die Arbeiter mit viel größerem Idealismus, mit intensiverer Lebensfreude auch die schönen Seiten des Landlebens empfinden können.

Die Not der Leute beruht zum großen Teil auch wieder auf der Art, wie die Arbeiter auf dem Lande auch wirtschaftlich von rühmlichen Ausnahmen abgesehen, tagelöhnt werden, wie sie wohnen.

(Zurufe und Lachen rechts)
Ja, ich muß sagen: nach dem, was ich persönlich in dem kleinen Wohnort an Arbeiterwohnungen gesehen habe, (lebhafteste Rufe rechts: Und in Berlin!) — was ich in den Ostprovinzen gesehen habe, wundern ich mich eigentlich nicht, wenn die Leute sich unter solchen Verhältnissen nicht recht wohl fühlen.

(Erneute Zurufe rechts: Berlin! Berlin!)
— Meine Herren, was die Entenot auf dem Lande mit der Wohnungsfrage in Berlin zu tun hat, weiß ich wirklich nicht.

(Widerspruch rechts)
Ja, meine Herren, wenn wir die Dinge in Berlin noch besser gestalten, und wie sich immer dabei, daß zu tun, so wird das doch nur helfen, daß die Abwanderung vom Lande noch größer wird. Es liegt doch wesentlich mit auch in Jähren (nach rechts) Interesse, in ernstlicher Beratung mit uns zu überlegen, wie die Dinge auf dem Lande so gestaltet werden können, daß die Landwirtschaft unter der Entenot nicht ferner mehr so schwer zu leiden hat.

Wenn Sie etwa glauben sollten, meine Herren, daß die Arbeiterwohnungen auf dem Lande mit Lagen angeordnet hätte, die nicht gerade besonders darauf eingestrichelt seien, solche Dinge richtig zu sehen, so darf ich doch auch das Wort unseres Kaisers erinnern, der, als er zum ersten Male das ihm geschenkte Gut Gubinen sah, sagte: „Hier sehen ja die Schweinehülle besser als die Arbeiterwohnungen!“

(Unruhe rechts)
Meine Herren, solche Worte müssen doch beachtet werden; es muß energisch darauf hingewirkt werden, daß die Bauarbeiter so logiert werden, daß sie sich mit ihren Familien in der Wohnung wohl fühlen können.

Deswegen habe ich auch bereits in meiner ersten Rede darauf aufmerksam gemacht, daß freitags die Arbeiter auf dem Lande nicht zufriedengestellt werden könnten, wenn man ihnen ein kleines Häuschen baue, ohne ihnen ein größeres Stück Land dazuzugeben. Nach ist bekannt, daß die Bauarbeiter nicht in Reichthümlichkeiten, wie man sie in der Stadt errichten kann, wohnen dürfen. Es kommt also darauf an, wie ja auch der Herr Minister ganz mit Recht ausgeführt hat, daß die Arbeiter auf dem Lande keine Besitzer werden; daß sie selber so viel produzieren können, wie sie für sich und ihre Familien gebrauchen; daß sie bei intensiver Bewirtschaftung des Bodens, die ja überhaupt so gründlich nur im Kleinbetriebe möglich ist, von ihren Produkten noch verkaufen können, so daß sie auch noch einiges bares Geld dazu bekommen. Dann werden die Leute mit ihrer Arbeitskraft den größeren und mittleren Grundbesitzern und auch den Kleinern, wo diese ihre Hilfe brauchen, überall in der Zeit der Feldbestellung und insbesondere der Ernte eine sehr brauchbare Hilfe leisten können.

Gente aber, meine Herren, bitten wir uns im wesentlichen darauf, daß fremde Arbeitskräfte in unser Land geholt werden. Eine Zeitlang, deren Arbeitsmaterial ist aber nicht habe nachprüfen können, gibt die Zahl der jährlich nach Deutschland kommenden fremden Arbeiter auf 200 000 an. Nun ist aber in dem Bericht der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen, der vor kurzem erschienen ist, darauf hingewiesen worden, daß die fremden

Wanderarbeiter, die früher in die deutsche Landwirtschaft gingen, heute über Deutschland hinaus nach Schweden, Norwegen und Dänemark gehen, um dort in der Landwirtschaft zu arbeiten. Da muß man sich doch fragen, warum die Leute, die in der deutschen Landwirtschaft landwirtschaftlichen Arbeiten gelernt haben, nun ihre Kenntnisse und Fähigkeiten denjenigen, um über den deutschen Boden hinweg als Wanderarbeiter nach Schweden, Dänemark und Norwegen gehen. Es ist doch auffällig, daß die Landwirtschaft in den nordeuropäischen Ländern, die sehr intensiv betrieben wird und sich im wesentlichen auf Getreide, Milch- und Butterproduktion stützt, fast keine, aus Süd- und Ost- und Südosteuropa kommenden Wanderarbeitern höhere Löhne zu zahlen, als das in unserer deutschen Landwirtschaft nach den Behauptungen der Landwirte möglich sein sollte. Da forsche man nach den Ursachen, aus welchen die nordeuropäische Landwirtschaft in dieser günstigeren Lage ist! Denn das darf doch hinzugefügt werden, daß diese Landwirtschaft scheinbar vollkommener und besser als die deutsche war, durch mittleren und kleineren Besitz feste Erbsitten und blühende häusliche Verhältnisse, die sehr zu erhalten, sondern auch zu erweitern zu ermöglichen.

Meine Herren, daß der Arbeitermangel in der Landwirtschaft in gewissen Sinne auch eine Ursache ist, wird angegeben von der Landwirtschaftskammer in Frankfurt am Main.

(Jurist recht: Gibt's ja nicht!)
Die Landwirtschaftskammer in Frankfurt am Main (wiederholte Jurist recht: Gibt es nicht!) hat eine eigene Vermittlungsstelle für landwirtschaftliches Personal, und da heißt es —

(Abgeordneter Kreth: Handelskammer!)
— Meine Herren, in dem mit vorliegenden Bericht ist von der Vermittlungsstelle der Landwirtschaftskammer in Frankfurt die Rede, und in diesem Bericht wird darauf hingewiesen, daß die Zahl —

(Auskundete Jurist und Geierrecht recht!)
Dann ist das Frankfurt an der Oder.

(Aba: und große Geierrecht recht!)
— Meine Herren, ich hätte Ihnen wirklich nicht zugestimmt, daß es fertig bräde, so heimlich zu sein, wenn bei einer frei gehaltenen Rede ein sachlich unrichtiger Fehler unterläuft, den Sie ja die Güte hatten — wofür ich dankbar bin — zu korrigieren, indem Sie mich auf ihn aufmerksam machten. Da es aber doch nur auf die Sache ankommt, so hätten Sie doch wirklich keinen Anlaß gehabt, sich in dieser Weise darüber aufzuregen.

(Jurist recht: In Frankfurt an der Oder gibt es auch keine Landwirtschaftskammer; — Große Geierrecht — Abgeordneter Gehling: Dann hatten Sie mit Ihrer Berücksichtigung doch auch Unrecht! — Glocke des Präsidenten: Abgeordneter Dr. Wersch: Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

(Goldschmidt, Abgeordneter (reil. S. V.) (fortfahren): Meine Herren, in diesem Bericht wird die Tatsache vermerkt, daß die Zahl der Arbeitsangebote im Jahre 1906 um 225 pSt. die Zahl der angebotenen offenen Stellen aber nur um 50 pSt. zugenommen hat, also ein erhebliches Maß an Arbeitslosigkeit. Nun wird in dem Bericht gesagt:

Während man 1901 noch einem ersten Anrecht durchschnittlich 350 Mk. pro Jahr zahlte, sind heute brauchbare ältere Anrechte unter 500 bis 600 Mk. nicht freier Kost und Unterkunft kaum mehr zu bekommen. Dieser Anrecht zahlte man 1901 einen jährlichen Barlohn von 150 bis 160 Mk., augenblicklich einer älteren Anrecht 250 bis 280 Mk. Weibliche Tagelöhner erhielten zu Beginn der Berichtsperiode, 1901, einen Durchschnittslohn von 60 bis 80 Pfg. nicht freier Kost, jetzt 1,20 bis 1,30 Mk.

Sür diese Löhne hat es an Arbeitskräften nicht gefehlt. Meine Herren, die Mittelungen, wie ich sie hier zitiert habe, lassen doch wohl darauf schließen, daß es Klagen über zu hohe Löhne sind, daß sie aus einer landwirtschaftlichen Quelle stammen; denn das habe ich, soweit ich mich auch umgesehen, auf dem Lande nie erfahren können, daß der den Lohn zahlende Teil die Löhne für zu billig fände. (Schluß folgt.)

Delegiertentag des Gewerkschafts der Deutschen Bauhandwerker.

Anschließend an den in Nr. 15 gebrachten Bericht kann nun die Wiedergabe der wichtigsten Beschlüsse folgen. Der erste Punkt der Tagesordnung war die Auflösung des Beihilfefonds für Krankheits- und Sterbefälle. Die Auflösung hätte eigentlich schon von der vorhergehenden Generalversammlung beschlossen werden müssen, da die Beteiligung nur gering war, indem die Gewerkschaftsmitglieder diesem Versicherungszweig weniger Beachtung schenkten, auch die gesonderte Verwaltung zu umständlich ist. Zur Fortführung einer selbständig verwalteten Sterbefälle für die Ehefrauen der Mitglieder ist kein Bedürfnis vorhanden. Viele Ehefrauen sind bereits Mitglieder der zum fundierten, dem Kaiserlichen Aufsicht unterstellten Frauen-Begräbnis-Kasse des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften.

Einem breiten Raum nahmen bei den Beratungen die Streit- und Aussperrungs-Unterstützung ein. Nach dem Massenbericht wurden hierfür 10092,50 Mk. veranschlagt. Die Lohnbewegungen sind beständig im Wachsen begriffen. Im Bauhandwerk wurden die meisten Lohn- und Arbeitsstufen abgeklärt. Demgemäß konzentrierte sich das ganze Interesse auf die Erhaltung der bestehenden Tarifverträge und die Einführung neuer Abmachungen. Mit Genugtuung wurde konstatiert, daß die Ortsvereine nun auch selbständig bei Lohnbewegungen vorgehen und Tarife abschließen. Die Wochenbeiträge

und Unterstützungen wurden nach Lohnklassen wie folgt festgesetzt:

Erste Klasse: bis 35 Pfg. Stundenlohn, 35 Pfg. Wochenbeitrag, 10,50 Mk. Unterstützung und für jedes Kind 50 Pfg. bis insgesamt 12 Mk.

Zweite Klasse: von 36 bis 50 Pfg. Stundenlohn, 45 Pfg. Wochenbeitrag, 12 Mk. Unterstützung und für jedes Kind 50 Pfg. bis insgesamt 14 Mk.

Dritte Klasse: über 50 Pfg. Stundenlohn, 55 Pfg. Wochenbeitrag, 13,50 Mk. Unterstützung und für jedes Kind 50 Pfg. bis insgesamt 16 Mk.

Vorstehende Streifenunterstützung wird nach 20wöchiger Mitgliedschaft geleistet. Mitglieder, die erst 10 Wochenbeitrag geleistet haben, erhalten je nach der Lohnklasse 7,50 Mk., 9 Mk. und 10,50 Mk. Unterstützung, einschließlich der Kinder bis 9 Mk., 10,50 Mk. und 12 Mk.

Mitglieder, die während eines Streiks innerhalb des Streikgebietes zu den geordneten oder vereinbarten Lohnbedingungen arbeiten können, haben je nach der Lohnklasse neben dem laufenden Wochenbeitrag für jeden Arbeitstag 35—45—55 Pfg. Ertragsbeitrag zu zahlen. Mitglieder, die bei Aussperrungen weiterarbeiten können, zahlen pro Arbeitstag 15 bis 20—25 Pfg. Ertragsbeitrag.

Der laufende Wochenbeitrag wird innerhalb eines Jahres nur für 40 Wochen erhoben, vom 1. März bis 30. November. In den Monaten Dezember, Januar und Februar, während der tot n. Saison, ruht die Beitragspflicht, wie auch die Arbeitslosenunterstützung, welche erst nach zweijähriger Mitgliedschaft gewährt wird und 60—80—100 Pfennig täglich beträgt. Das Unterstützungsreglement hat gewisse Eigentümlichkeiten des Bauhandwerkes vorgezogen und berücksichtigt, so beispielsweise keine Streiks und Aussperrungen, die in die Wintermonate fallen, wenn die Bauarbeit nicht im allgemeinen wegen Frost eingestellt ist.

Die Verhaltensregeln bei Lohnbewegungen, Angriff- und Abwehrstreiks wurden einer genaueren Prüfung unterzogen. Insbesondere ist den Mitgliedern zur Pflicht gemacht worden, bei Aktionen, wo ein Zusammenhang mit anderen Ortsvereinen unumgänglich ist, selbständig für die Interessen der Bauhandwerker einzutreten. Jedem Ortsverein wurde die statutarische Verpflichtung auferlegt, eine Lokalkasse mit der Maßgabe einzurichten, die Höhe des Lokalaufschlags selbst zu bestimmen, da die örtlichen Bedürfnisse verschieden sind.

An der Umzugserschädigung und Reiseunterstützung, die verhältnismäßig wenig von Bauhandwerkern in Anspruch genommen werden, wurden wesentliche Änderungen nicht vorgenommen. So auch nicht am Rechtschulreglement. Deste einschneidender sind die Veränderungen in dem gesamten Massenwesen, wobei den Ortsvereinen freierer Spielraum in Bezug auf die Entscheidungen gelassen wurde. Zur Bekämpfung der örtlichen Verwaltungsgeschäfte stehen jedem Ortsverein 20 pSt. der Einnahme zu.

Als Ersatz für den aufgehobenen Beihilfefonds wurde eine Unterstützung für Arbeitsunfähigkeit durch vorübergehende Krankheit eingeführt im Betrage der Arbeitslosenunterstützung, die wie diese aus der Gewerkschaftskasse bestritten wird. An die Hinterbliebenen verstorbenen Mitglieder kann je nach der Lohnklasse eine Beihilfe von 30—40—50 Mk. gewährt werden. Da diese Beihilfen sich nach dem Stand der Kasse richten, wurden die Ausführungsbestimmungen dem Generalrat überwiesen, der in den einzelnen Fällen zu entscheiden hat. Bei den Vertretern der Generalversammlung waltete das Bestreben vor, den Mitgliedern nicht mehr zu versprechen, als durchführbar erscheint, und lieber späterhin Zulagen zu geben, als nötige zu machen. Auf das Wagnis, die Konkurrenz zu überbieten und Klame durch übermäßige Versprechungen zu machen, ließ sich die Generalversammlung nicht ein.

Ein gewaltiges Stück Arbeit haben die Delegierten in vier Tagen, vom 17. bis 20. Februar, geleistet. Sämtliche Einrichtungen des Gewerkschafts wurden von Grund auf überdacht und den jetzigen Zeitverhältnissen entsprechend angepaßt. Wenn auch nicht alle Wünsche der Mitglieder erfüllt werden konnten, wie beispielsweise das größere Format und wünschentliche Ergeben des Bauhandwerkers, so ist vor allen Dingen der Gewerksverein durch die neuen Beschlüsse besser finanziert und wird es dem Generalrat in Zukunft leichter werden, agitatorischer zu wirken und für die idealen Aufgaben größere Aufwendungen zu machen. Empfohlen wurde das Abkommen auf das Verbandsorgan „Der Gewerksverein“.

Der Sitz des Gewerksvereins bleibt in Magdeburg. Die Neuwahl des Generalrats ergab: Erster Vorsitzender Rudert, zweiter Vorsitzender Dube, Generalsekretär und Kassamitter Schröder, Beisitzer Schweinhagen, Bohne, Beier und Fint. Als Ersatzmänner sind gewählt: Ober, Bodenstein jun., Hög, Börner, Tischow, Schlemmer und Dinter. Zu Redaktoren sind gewählt: Köhler, Friedrich und Schneider. Als Ersatzmänner: Wärmann, Freitag und Steinmann.

Auswärtige Generalsekretäre: Geist, Pignat, Habermann-Pölen, Riedel-Görlich, Rief, Rühlem a. Ruyr und Henschel-Ruh am Grab. Als Ersatzmänner: Frosch-Sperber, Reht-Schmalz, Dittmar-Angsbarg, Sommer-Pölen und Pfeilich-Pöfen.

Zum Verbandstagsabgeordneten wurde Rudert-Magdeburg gewählt. Als Ersatzmann Rief-Wilhelm. Zum Zentralratsvertreter Uecker-Berlin. Die eventuelle Ersatzwahl wurde dem Generalrat überlassen. Die nächste ordentliche Generalversammlung findet im Jahre 1910 in Berlin statt. Bis dahin soll auch die noch nicht spruchreife Frage der Verlegung des Sitzes des Gewerksvereins nach Berlin geregelt werden.

Mit vorzüglichem Arbeitsseifer erledigten die Delegierten ihre schweren Verpflichtungen. Sie leisteten ihr Bestes. Gewiß wird das nun Geschaffene bei den Mitgliedern Anerkennung und Nachseherung finden. In Magdeburg liegt die Hauptverwaltung in guten Händen. Der Generalratsvorsitzende Rudert dankte den Delegierten für das Vertrauen und wies in seinen Schlussworten auf den Umhang der ganzen politischen Lage hin, die ausnützend, nun Aufgabe aller verfügbaren Kräfte sei. Ein dräuendes Hoch auf das Maximum der Gewerkschaftsbewegung besiegelte das Bündnis des treuen Zusammenhalts in guten und bedrängten Zeiten.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 22. Februar 1907.

Der Deutsche Reichstag hat in seiner Sitzung vom 20. Februar das Präsidium neu gewählt. Zum Präsidenten wurde mit 214 Stimmen der konservative Graf Udo Stollberg gewählt. 164 Stimmen fielen auf den Zentrumskandidaten, zum ersten Vizepräsidenten wählte man den nationalliberalen Abg. Haase, auf den 209 Stimmen fielen. 167 Stimmzettel waren unbeschrieben. Zweiter Vizepräsident wurde der freisinnige Abg. Kempf, der mit 205 Stimmen gewählt wurde. 166 Stimmzettel waren unbeschrieben. Zentrum, Sozialdemokraten und Polen hatten im ersten Wahlgang für Spahn gestimmt, während sie in den übrigen Wahlgängen weiche Stimmzettel abgaben. Im vorigen Reichstag war der jüdische Zentrumskandidat Graf von Kallestern Präsident.

Nach der mühseligen Arbeit des Wählens vertagte sich das Haus bis zum nächsten Montag; es wird dann der Etat vorgenommen.

Die evangelischen Arbeitervereine Schlesens hielten am letzten Sonntag (17. 2.) in Breslau ihren 13. Verbandstag ab. Der „Schles. Btg.“ entnehmen wir den folgenden Teil des Berichts:

Besonders wichtig waren die diesjährigen Beschlüsse des Verbandstages in Bezug auf die Stellung der evangelischen Arbeitervereine zu den Gewerkschaften. Von der Zentralleitung der christlichen Gewerkschaften war der Versuch gemacht worden, die evangelischen Arbeitervereine zu beurlauben, ihre Mitglieder in diese Organisation hineinzuführen. Diese Werbeprobe war mit heftigen Angriffen auf die Christen- und evangelischen Gewerksvereine verbunden. Um nun unnötige Spannungen und Feindschaften innerhalb der nicht-sozialdemokratischen Arbeiterkraft zu vermeiden, hat der Gewerkschaftsverband evangelischer Arbeitervereine Deutschlands (Vorsitzender Pfarrer L. Weber in München-Gladbach) sich nicht auf einen einseitigen Parteipunkt gestellt, sondern beschlossen, seine Mitglieder einerseits vor Eintritt in die freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften zu warnen beziehungsweise bei Eintritt in eine solche aus dem Vereine auszuschließen, andererseits ihnen aber den Beitritt zu einer nichtsozialdemokratischen Gewerkschaft irgend einer Organisation zu empfehlen.

Der schlesische Verband sagte in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Gesamtverbandes folgende Resolution: Der schlesische Verband evangelischer Arbeitervereine hält bezüglich seiner Stellung zur Gewerkschaftsbewegung fest an den Beschlüssen des Gesamtverbandes-ausschusses. Er verkennt allerdings nicht die Tatsache, daß in unseren Arbeitervereinen eine große Anzahl Mitglieder (Hausarbeiter, Gewerbetreibende, Eisenbahner, kleine Beamte) vorhanden ist, welche an der gewerkschaftlichen Organisation keine beruflichen Interessen hat. Den für die Organisation in Betracht kommenden Mitgliedern wird jedoch der schlesische Verband immer von neuem die Pflicht gewerkschaftlicher Beteiligung aus Herz legen, dagegen in der Wahl der Organisationen ihnen volle Freiheit lassen, soweit dieselben nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und politische und religiöse Neutralität gewährleisten.

Wir machen unsere schlesischen Ortsvereine auf diesen wichtigen Beschlüsse aufmerksam und fordern sie auf, energig die Agitation zur Gewinnung von möglichst vielen Mitgliedern der evangelischen Arbeitervereine für unsere Organisation zu betreiben. Dasselbe gilt auch für die Agitation in den anderen Provinzen. Das Verhalten der christlichen Gewerkschaften, die uns hinterläßt mit heftigen Angriffen überfallen, richtet sich von selbst.

Seibt. öflich, Rees am Sand. Rechts-Greis und Mellich. de Rudert. es-Wälheim. Berlin. Die Präfekt über- versammlung Bis dahin die Frage der nach Berlin ledigten die ungen. Sie Beschaffung der Beschaffung Verwaltung in die Rudert n und wies chung der ngen, nun braufend mbewegung nhalten

Ein sehr verständiger Unternehmer ist Herr Dr. Eduard Schwanhäuser, Inhaber der großen Schwanhäuserischen Bleistiftfabrik in Nürnberg. Derselbe hielt im Sozialwissenschaftlichen Verein in Nürnberg einen Vortrag über das gewerbliche Einigungswesen, worin er auseinandersetzte, daß die vermehrten Lohnkämpfe und Aussperrungen ihren Grund darin hätten, daß die Großindustriellen noch von feudalem Geiste befeßt und sich den Betrieb nur unter strenger militärischer Organisation denken könnten. Der Unternehmer kommandierte und niemand dürfe widersprechen. Darum wollten diese Unternehmer auch die Organisationen der Arbeiter nicht anerkennen und doch sei der soziale Friede nur möglich bei vollständiger Anerkennung der bürgerlichen Gleichberechtigung der Arbeiter und ihrer Organisationen. Die Unternehmer schaden sich selbst, wenn sie den Arbeiterorganisationen diese Anerkennung fernhalten. Die Phrase vom „Herr im Hause“ bleiben, triffe ohnehin nicht mehr zu, da in der Regel die Kartelle und Sympakte über die Betriebe der einzelnen verhängen. Die Arbeiterorganisationen verlangen gar kein Bestimmungsrecht in Betriebsangelegenheiten, das würde auch falsch sein, in Fragen der Arbeitszeit, des Lohnes und der Arbeitsverhältnisse überhaupt müsse aber den Arbeitern und ihren Organisationen ein Mitwirkungsrecht eingeräumt werden. Der Friede tue dem deutschen Gewerbe und der Industrie im Interesse ihrer Konkurrenzfähigkeit dringend not. Wer ihn wahren wolle, müsse auch den Arbeitern gerecht werden. Die Verschärfung der sozialen Kämpfe habe ihre Ursache in dem Verhalten beider Teile. Der größere Teil der Schuld aber liege doch mehr auf Seiten der Unternehmer. Es sei notwendig, daß die deutschen Unternehmer sich mit sozialem Geiste erfüllen, dann werde der Friede nur selten gefährdet werden. Wenn Unternehmer und Arbeiter mit gegenseitigem Verständnis zusammenarbeiten, dann sei die Zukunft der deutschen Industrie und gewerblichen Konkurrenzfähigkeit keinen Augenblick zweifelhaft. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Mehrheit der Unternehmer so verständige Anschauungen erziehen und wädigen wollten!

Arbeiterbewegung. In Berlin dauern die Aussperrungen der Automobilpumpenfabrik, der Holzarbeiter und der Möbelpoliermeister unverändert fort. — Auch eine Aussperrung der Lapezierer droht in Berlin. Der geltende Tarifvertrag läuft nämlich am 1. März ab. Die Weitzer wollen nun zwar den Tarif verlängern, den Gehältern aber keinerlei Verbesserungen bewilligen. Diese wiederum wollen ohne Zugeständnisse seitens der Arbeitgeber nicht auf eine Verlängerung des Vertrages eingehen. Infolgedessen wollen die Meister, wenn ihren Vorhelfen nicht bedingungslos zugestimmt wird, am 1. März eine allgemeine Aussperrung sämtlicher Gehilfen vornehmen, um diese so zur Nachgiebigkeit zu zwingen. — In Berlin scheint in diesem Frühjahr auch eine Lohnbewegung der Häckerjungen begonnen zu werden. — Der Streik der Schlepper und Pferdeträger auf der Seege-Blückauf-Liebau bei Dortmund ist erfreulicherweise, ohne weitere Dimensionen angenommen zu haben, demnächst worden. Die Verfügungen wurden rückgängig gemacht und den Arbeitern eine kleine Zulage gewährt. — In Barth a. Ostsee sind schon seit etwa 4 Wochen die Arbeiter der Zuckerfabrik streikend. Man will auf diese Weise versuchen, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu schmälern. Denn der Hauptzweck sind die Differenzen auf die Organisationszugehörigkeit zurückzuführen. — In Nürnberg haben die Schneidergesellen den Arbeitern Tarifforderungen eingereicht, was von einigen bereits mit der Entlassung ihrer Gesellen beantwortet worden ist. Es scheint demnach, daß auch in der Nürnberger Konfektionsindustrie ein ernster Kampf ausbrechen droht.

Der Reichszuschuß an die Invalidentrenten. Während des Wahlkampfes, so schreibt die ministerielle Korrespondenz, ist mehrfach die Behauptung aufgestellt worden, daß das Reich bei der Invalidentrentenbewegung auf Kosten invalider Arbeiter ersparnisse mache. Begründet wurde diese Behauptung mit dem Hinweis darauf, daß im Etat des Reichsanwalts des Reichs für das Jahr 1907 für die Befassung des Reichsanwalts 30 Millionen Renten-827 250 Mk. weniger angestrichelt seien als für das Jahr 1906. Hieraus ist zunächst zu erwidern, daß das Reich unbedingt nicht in der Lage ist, an seinen Zuschüssen an die Invalidentrenten auf Kosten invalider Arbeiter sparen, denn die Ansprüche dieser Invaliden können nur unabhängigen Gerichten verurteilt werden. Die Verminderung des Reichszuschusses beruht vielmehr auf dem seit einigen Jahren eingetretenen Rückgang der Zahl von neu bewilligten Invalidentrenten. Mit diesem Rückgang hat es folgende Bewandnis. Bis zum Jahre 1900 das Invalidentrentengesetz mit seinen den Versicherten vielfach günstigeren Bestim-

mungen an die Stelle des Invalident- und Altersversicherungsgesetz getreten war, stand ein mögliches Ansteigen der Bewilligungen von Invalidentrenten zu erwarten. Statt dessen wies das Jahr 1900 eine unerwartet hohe Zahl von Bewilligungen auf (125 739 gegen 96 615 im Jahre 1899). Wenn nun auch dieses bedeutende Ansteigen der Zahl der Bewilligungen von 1899 auf 1900 zum Teil davon herrührte, daß viele der im Jahre 1899 gestellten Rentenanträge bis zum Inkrafttreten des Invalidentrentengesetzes zurückgestellt wurden, um den Antragstellern die günstigeren Bedingungen des neuen Gesetzes zugute kommen zu lassen, so widerspricht das weitere rasche Ansteigen der Bewilligungen in den folgenden Jahren (es betrug deren Zahl 1901: 130 480, 1902: 142 789, 1903: 152 862) der natürlichen Zunahme, die aus der Vermehrung der Zahl der Versicherten zu erwarten war.

Entsprechend dieser Zunahme der Renten wuchsen die Zuschüsse des Reichs, die 1899 27 108 444 Mk. betragen hatten, auf

30 781 768 Mk. im Jahre 1900,
33 870 785 " " " 1901,
37 849 694 " " " 1902,
41 854 727 " " " 1903,

so stiegen also von 1899 bis 1903 um 54,4 v. H. Die unerwartete Steigerung der neu zur Bewilligung kommenden Renten hat dem Staatseinkommen des Innern Anlaß gegeben, irdische Erhebungen über die Ursachen dieser Erscheinung anzustellen. Die Ergebnisse sind seit dem Jahre 1901 alljährlich fortgesetzt worden und haben dazu geführt, daß allmählich wieder normale Verhältnisse eingetreten sind. So wurden neu bewilligt:

1904: 140 092 Invalidentrenten,
1905: 122 868 " " "
1906: 110 969 " " "

Der Rückgang an neu hinzutretenden Invalidentrenten hat hauptsächlich darin seinen Grund, daß durch sorgfältigere und umgehendere Bearbeitung der Rentenanträge Bewilligungen von Invalidentrenten an solche Personen, die nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht als invalide angesehen werden dürfen, verweigert wurden.

Für die Veranschlagung des Reichszuschusses ist neben dem Zuzug der Bestand an Renteneinempfängern von wesentlicher Bedeutung. Er betrug in regelmäßiger Zunahme am Anfang des Jahres

1903: 574 842 Invalidentrenteneinempfänger,
1904: 663 140 " " "
1905: 784 955 " " "
1906: 780 761 " " "
1907: 814 575 " " "

Wegen der starken Schwankungen in dem Zuzug von neuen Renten konnte der auf den Erhebungen der Vorjahre beruhende Vorschlag für den in den Etat des Reichsanwalts des Innern einzuführenden jährlichen Zuschuß des Reichs mit dem wirklichen Bedarfe schon seit mehreren Jahren nicht übereinstimmen. So betrug gegenüber dem Vorschlage die tatsächliche Minderausgabe im Jahre 1904: 533 450 Mk., im Jahre 1905: 2 288 913 Mk. und im Jahre 1906, soweit sich jetzt übersehen läßt: etwa 1 700 000 Mk. Dieser tatsächlichen Gestaltung soll der Vorschlag für 1907 Rechnung tragen.

Vergleicht man aber die tatsächlichen Aufwendungen an Reichszuschuß an die Invalidentrenten in den Jahren seit 1904 miteinander, so zeigt sich, daß der Reichszuschuß

von 45 275 550 Mk. im Jahre 1904
auf 47 850 887 " " " 1905
gestiegen ist und wahrscheinlich im Jahre 1906 49 947 250 Mk. betragen wird. Für das Jahr 1907 sind 49 820 000 Mk. vorgelesen. Von einem Herabgehen des Reichszuschusses, also einer Ersparnis des Reichs, kann demnach keine Rede sein.

und maßlos bleiben. In mehr als einer Hinsicht machen sich die Nachteile theoretischer Erörterung bei uns bemerkbar und von Anpassung unserer Taktik an die Verhältnisse ist auch schon seit langem keine Rede mehr, man müßte denn das Aufkommen der revolutionären Phrasen für eine Herabsetzung der Taktik halten.

„Genosse“ Müller verkennt das Wesen seiner Partei. Eine Partei, die sich einbildet, alles besser zu verstehen und alle Zustände vollkommen machen zu können, ist für die praktische schrittweise Verbesserung unbrauchbar. Die Sozialdemokratie wird nur erst dann etwas leisten können, wenn sie ihr Dogma vom Klassenkampf über Bord wirft und mit beiden Beinen sich auf dem Boden des Gegenwartstaates stellt, die revolutionären Phrasen zum Teufel schießt, dafür aber ernste Arbeit zur allmählichen Fortentwicklung unserer sozialen und wirtschaftlichen Zustände leistet. Dazu fehlt ihr aber die Selbsterkenntnis und darum wird sie auch weiterhin lieber Phrasen machen, als praktische Arbeit leisten.

Konkurrenzklausel. Zu unseren Mitteilungen über die Verammlung des Vereins der Deutschen Kaufleute, betreffend die Konkurrenzklausel, schreibt uns ein Mitglied des Kaufmannsgerichts, daß die Firma Berthelm wohl den Antrag auf Kartellstrafe gestellt, aber vom Kaufmannsgericht abgelehnt worden sei. Das Kaufmannsgericht habe die betreffende Verkaufserin zu einer Geldstrafe von Mk. 10 für jeden Tag, dem es bei der Konkurrentenfirma verbringe, verurteilt. Wir nehmen gern Notiz von dieser Entscheidung. In der Notwendigkeit, schärfsten Kampf zu führen gegen die Konkurrenzklausel, wird selbstverständlich dadurch nichts geändert.

Dem verstorbenen Dr. v. Notenburg, dessen wir bereits in Nummer 14 gedachten, widmet Professor Dr. Ernst Franke in der „Sozialen Praxis“ einen Nachruf, in dem es am Schluß heißt:

„Er war ein streitbarer Mann, wo ihm seine Ueberzeugung zum Kampf für Recht und Freiheit rief; voll Mut, ohne Ehrscham und Rücksicht verlor er seine Meinung in Wort und Schrift. Das hat ihm manchen Angriff, manch lebensgefährliche Entgegnung zugezogen; voll Erbitterung haben seine Gegner in der Großindustrie und der Bureaucratie ihn zu verdrängen gesucht. Aber Franz v. Notenburg ist unverwundbar und läßt durch alle Anfeindung hindurchgeschritten, ein ganzer Mann! Und an seinem Erbe geben nicht nur seine persönlichen Freunde und Gesinnungsgenossen; nicht nur die deutschen Sozialpolitiker ihrem Schmerz über den schweren Verlust Ausdruck, sondern der Kaiser und sein Haus, sowie der Reichszankler belagern mit ihnen den frühen Eintritt dieses tapferen Kämpfers und edlen Menschen. Auch aus den Reihen seiner eifrigsten Gegner kommen Worte der Anerkennung und ebenso bezeugen Blätter der Arbeiter ihre Verehrung. Die hervorragenden Dienste, die Notenburg dem Vaterlande und dem Volke erwiesen hat, werden unvergessen bleiben!“

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1906.

Ortsverband Jägem. Der Ortsverband erledigte seine Aufgaben in 4 Versammlungen, 4 Ausflügen, 3 Tomb. Ausflügen und zwei öffentlichen Versammlungen. Gleich zu Anfang des Jahres sahen wir uns veranlaßt, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, um Stellung zu nehmen gegen den Beschluß, welcher von den katholischen Arbeitervereinen gefaßt wurde, wonach kein Mitglied der Deutschen Gewerksvereine mehr in die katholischen Arbeitervereine aufgenommen werden soll. In dieser Versammlung, welche am 17. Januar stattfand, sprach Kollege G. L. a. u. Berlin über das Thema: Sind die Deutschen Gewerksvereine religionsfeindlich und kennzeichnete die ungerathenen Bemühungen, welche von Seiten der katholischen Arbeitervereine und christlichen Gewerkschaften gemacht wurden, die Deutschen Gewerksvereine religionsfeindlich zu machen, in gebührender Weise. Die Versammlung, in welcher noch eine diesbezügliche Resolution angenommen wurde, war für unsere Sache von gutem Erfolg.

Bemerkenswert ist noch, daß der Antragsteller jenes Beschlusses, Herr Peter Zimmermann-Düren, welcher in dieser Versammlung persönlich eingeladen war, nicht erschien. Ob es ihm an Zeit fehlte? In einer öffentlichen Versammlung referierte Kollege Meuthen-Düsseldorf über das Thema: Ein Nachruf auf die Arbeiter. Am 19. August veranstaltete der Ortsverband einen Ausflug mit Baldfest, welches von den Kollegen und Söhnen des Gewerksvereins stark besucht war und interessant und fröhlich verlief. Jeder war der Wunsch der Mitglieder der Ortsverbände sehr lebhaft und die Gleichgültigkeit noch sehr vorzerrissen. Aber Kollegen, wofür soll das führen? Gewarnt muß unsere Lösung sein. Jeder ist nicht ein jeder in der Lage mitzuhelfen in der heutigen schweren Zeit, wer aber die Fähigkeit und Kraft besitzt, der muß auch den Willen zeigen. Dann werden wir auch in dem bevorstehenden Jahre weiterkommen. Darum, Kollegen, „Arbeiter alle mit, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben!“

Kaspar Koll, Schriftführer.

Ortsverband Oberbach a. N. Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in fünf Ortsverbandversammlungen und sechs Sitzungen. Der Ortsverband hat sich auch an der Bürgerauswahlwahl jährlich beteiligt und hat für die Niederbergschichten

Lehr- und Gewerksvereiner in den Bürgerausschuss hineingebracht. Auch ist der Antrag, den wir voriges Jahr dem Gemeinderat vorgelegt haben, betreffs Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns, angenommen worden. Ferner wurde hier noch ein Ortsverein der Tabak- und Glasarbeiten-Belegschaft mit 30 Mitgliedern. Nach hat sich der Ortsverband bei der Fleischsteuerung mit einem Antrag an den Gemeinderat gewendet mit der Bitte um Erleichterung eines Geringfügigen, welcher aber vom Gemeinderat nicht erwogen wurde, sondern uns selbst zu erledigen überließ; das ist denn auch geschehen. Die Gewerkschaftswahlen, welche im vergangenen Herbst hätten stattfinden sollen, sind verschoben worden und werden in nächster Zeit stattfinden.
 Leonhard Böhm, Schriftführer.

Ortsverband Offen und Umgebung.

Am Ende des Jahres 1905 umfasste der Ortsverband 9 Ortsvereine, dazu traten 3 Vereine in diesem Jahre, der D. B. der Frauen und Mädchen, D. B. der Bergarbeiter Strohhäfen und der D. B. der Fabrik- und Handarbeiter Kraus. Ausgetreten ist Ende Dezember 1906 der Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter Stolpenberg.
 Im Monat Januar galt die Tätigkeit hauptsächlich den Auswahl der Vorstandsmitglieder und deren Einführung in die Geschäftstätigkeit. Im Monat Februar wurden den Kollegen Walters 10 Mark zum Studium in Frankfurt a. M. bewilligt, sowie dem Kollegen Schulze in Sachen seines Unfalls 20 Mark, ebenso dem Kollegen Engemann für Erlangung eines Attestats in seiner Unfallsache 27 Mark. Dann wurde ein Antrag gestellt: Anstellung eines Sekretariatsbeamten für sämtliche Berufe angenommen, welcher sich später nicht durchführen ließ, weil der D. B. der Maschinenbauer einen besoldeten Kassierer anstellen mußte.
 Es wurde dann noch beschlossen, eine Eingabe an die Stadtverwaltung zu richten: 600 000 Mark zu bewilligen zum Bau von Arbeiterwohnungen in den verschiedenen Teilen der Stadt, um den hohen steigenden Mietpreisen Einhalt zu tun. Im Monat April wurde ein Antrag auf Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns bei der Stadtverwaltung eingebracht. Derselbe wurde dann auch von der Stadtverwaltung angenommen. Im Monat April erfolgte nochmals die Auswahl eines Vorstandsvorsitzenden, des Kollegen Walters, der sein Studium in Frankfurt beendet hatte. Derselbe ging gleich zur Gründung eines Distrikts über, um mehr gestulte Kapitalisten zu Vorständen in den einzelnen Ortsvereinen zu erhalten, welches sich auch sehr gut bewährte. Es wurden nämlich auch in sämtlichen Ortsvereinen Vorträge betreffs Gewerkschaftswahlen gehalten, wodurch viele Kollegen aufgeführt wurden. Im Monat Juli wurde die Wahl eines 1. Schriftführers notwendig, da der frühere sein Amt niederteigte; es wurde Kollege Reuter gewählt. Kollege Walters legte ebenfalls sein Amt als Vorsitzender nieder, weil er als Kapitän ins Saarrevier abreiste und an seine Stelle trat Kollege Jakob. Im Monat August wurden die Arbeiten zur Gewerkschaftswahl in Angriff genommen, welche dem Vorstand viel Arbeit aufbrachte, sie war aber von Erfolg gekrönt, denn wir zogen mit einem eigenen Kandidaten ins Gewerkschaftsamt, ein Erfolg, den die freien Gewerkschaften erst im 5. Wahlgange seit ihrem selbständigen Vorgehen erzielten. Dadurch zeigt sich jetzt,

daß wir mehr denn je mit Vorträgen in den einzelnen Ortsvereinen arbeiten müssen; um dieses Erreichen zu können, wurde vom Ortsverband ein Antrag des 1. Schriftführers angenommen, die Kollegen vom Distriktsamt zu entschädigen, und es wurde für jeden Vortrag 1 Mark bewilligt. Im Monat Dezember beschäftigte sich der Ortsverband mit der Zeugniszulage der häftlichen Arbeiter; es wurde ein Protestschreiben an das Stadtdirektorienkollegium gerichtet, weil nur den Arbeitern, die 2 und mehr Kinder hätten, eine Zulage bewilligt wurde, was auch insofern von Erfolg war, als die Stadtdirektion 5000 Mark für dringende Notfälle zur Verfügung stellte. Es muß hier aber noch viel mehr errungen werden; das kann aber nur durch weitere Auffklärung geschehen, durch Heranziehung der Arbeiter zur Organisation. Die Arbeit des Ortsverbandes betreffs der Frauenorganisation hat auch ganz schöne Erfolge erzielt, denn das erste Drittel von hundert Mitgliedern ist erreicht und wir dürfen hoffen, daß am nächsten Jahresabschluss der engeren Arbeit das erste hundert Mitglieder erreicht ist; das wird auch auf sämtliche übrigen Ortsvereine beizubringen sein.
 J. K. Riecke, Schriftführer, Offen, Bruchstr. 55.

Gewerksvereins-Teil

Kürnberg, 20. Februar. Unter dem Vorsitze des Herrn Bürgermeisters Dr. v. Schuß sind gestern die Mitglieder der beiden gemeinlichen Kollegien zur Wahl eines Armenpflegschaftsrates (an Stelle des zurückgetretenen Herrn Buchdruckereibesitzer Rodrian) zu einem gemeinsamen Wahlkörper zusammengetreten. Es waren 18 Mitglieder des Magistrats- und 86 des Gewerkskollegiums erschienen. Durch Zuzug wurde gewählt Herr Fabrikantentruer Georg Billmann (Wibigenhofstraße), Mitglied des Ortsvereins der Maschinenbauer. Damit tritt der erste Arbeiter in ein Amt. Kollegium ein.
 K.

Verbands-Teil

Schönefelder Ausbreitungsausschuss. Protokollauszug der Vorstandssitzung am 18. Februar im Café Strohhof.
 Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 7 Uhr abends, wobei die Kollegen Seib, Brenke, Jena, Dürr und Dietmer, sowie der Beamte Kollege Diecker anwesend sind. Entschuldigt fehlen die Kollegen Dorst und Eit. Das Protokoll der letzten Sitzung kommt zur Besprechung und wird angenommen.
 Von Seite des Ortsvereins der Textilarbeiter Ansbach liegt ein Schreiben vor, worin begehrt seinen Beitritt zum Ausbreitungsausschuss erklärt, wozu mit Begeisterung übermittelte werden.
 Ein Einlauf Müller Weidenburg, Agitation betr., wird brieflich beantwortet.
 Der Ortsverein der Maschinenbauer Rüdchen wünscht am 23. Februar den Kollegen Diecker als Referenten und wird dem zugestimmt.
 Ein weiterer Besuch liegt von den vereinigten Ortsvereinen der Textilarbeiter Augsburgs vor, für den 16. Februar

in Lechhausen und wird ebenfalls nach dort Kollege Diecker kommen.

Ein Antrag eines Ortsvereins, betr. Unterbringung, wird zur näheren Information dem Bureau der Zeitung überwiefen und soll dementsprechend dann Berücksichtigung finden.
 Wie aus verschiedenen Zuschriften hervorgeht, will der Nürnberg Ortsverband einen Beamten anstellen; um dessen Finanzierung sollen die Ortsvereine in Frankfurt mit herangezogen werden. Hierüber diese Frage soll mit dem Zentralrat korrespondiert werden.

Weiter liegt ein Aufschreiben des Sozialbeamten Neudorf Nürnberg vor, wonach es als selbstverständlich betrachtet wird, daß bei der Errichtung der Zentralstelle für Industrie, als Vertreter der großen Organisationen, ein Nürnberger Kollege in Betracht kommt! Der Ausbreitungsausschuss hat als maßgebende Korporation Bayerns die nötigen Vorarbeiten erledigt und hält sich infolgedessen für berechtigt, nach eigenem Ermessen Vorschläge zu machen und soll diesbezüglich mit verschiedenen Kollegen in Verbindung getreten werden.
 Ein Vorschlag Seib, Verbandstag betreffend, findet Annahme und wird hierauf die Sitzung geschlossen.
 R. Jena, Schriftführer.

Gewerksverein der Deutschen Bildhauer und verwandten Berufe.
 Auf Beschluß des Hauptvorstandes wird der 7. ordentliche Delegiertenkongress am Montag, den 20. und Dienstag, den 21. Mai d. J. nach Pöschappel bei Dresden einberufen. Anträge zu demselben müssen bis spätestens 1. April d. J. an den Hauptgeschäftsführer eingeleitet sein.
 Berlin, den 21. Februar 1907.
 Für den Hauptvorstand:
 Paul Reinde, Erich Garthel, Reinhold Bilsch, Vorsitzender. Hauptgeschäftsführer. Hauptkassierer. S. O. 86, Kanteneckstr. Nr. 72.

Besammlungen.
 Berlin. Distriktsamt der Deutschen Gewerksvereine (D. G. V.). Sitzung jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine, N. O., Weißwasserstraße 221/222. Gäste willkommen.
 Sängerverein der Deutschen Gewerksvereine (D. G. V.). Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine (Wilhelmsplatz) Gäste herzlich willkommen. — Sonntags, 22. Februar, Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin. XI. Abends 8 1/2 Uhr, bei Schillersplatz, Stromstr. 49. Lagerordnung dort. — Bildhauer. Sonntag, 25. Februar, fällt die Versammlung aus. Montag, 4. März, Generalversammlung.

Orts- und Medizinerverbände.
 Ferner (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Besale des Herrn Bildhauer-Schulze-Wallier, Distriktsamt. — Frauen (Distriktsamt). Jeden Sonntag 9 Uhr, Elym bei Walder „Jägerhof“. — Steinmetzen. Norddeutscher Ausbreitungsausschuss. Jeden Donnerstag, abends 8 1/2-10 1/2 Uhr, Distriktsamt im Total Engelle, Schiffstraße 9a. Gäste willkommen.

Anzeigen-Teil

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Kranken- und Begräbnis-Zusshilfe des Gewerksvereins der Deutschen Bildhauer usw.
 (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 107).
 Auf Beschluß des Vorstandes wird die
4. ordentliche Generalversammlung
 der Hilfskasse nach § 35 Absatz 1 des Statuts zu Dienstag, den 21. resp. Mittwoch, den 22. Mai nach Pöschappel b. Dresden einberufen.
 Tagesordnung:
 1. Rechenschaftsbericht.
 2. Abänderung des Statuts, der Regeln- und Geschäftsordnung.
 3. Wahl des Vors. der Kasse und Wahl des Vorstandes, sowie der Hauptrevisoren.
 Anträge hierzu sind bis spätestens den 1. April d. J. an den Hauptgeschäftsführer einzulegen.
 Berlin, den 21. Februar 1907.
 Für den Vorstand:
 Paul Reinde, Erich Garthel, Reinhold Bilsch, Vorsitzender. Hauptgeschäftsführer. Hauptkassierer. S. O. 86, Kanteneckstr. 72.

Verbandsgenossen
 lauft
 niemals nach  8 Uhr abends

und sorgt, daß auch die Mitglieder der Familie alle Einkünfte vor 8 Uhr abends machen. Der Verein der Deutschen Kaufleute wird dadurch unterstützt in seinem Streben auf Einführung des Achtstundentages.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Goldschmidt, Berlin N.O., Weißwasserstraße 221/222. — Druck und Verlag: Seede & Gellinet, Berlin W., Potsdamerstraße 110

Fahnen, Vereinsabzeichen,
 Schärpen u. a. s. d. m. und billigen bei
 Th. Kerkop, Oppeln.
 Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.
 „Union-Gestirle“
 Jeden Sonntag u. Donnerstag:
Sorsche Sängere.
 Anfang: Sonntags 6 Uhr Eintritt 50 Pf.
 Anfang: Wochentags 8 Uhr Eintritt 20 Pf.
 Nach der Vorstellung:
 :: Familienkränzchen ::

Offen (Nabe). Ortsbege zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Beschäftigungsbüro im Gewerksvereinsbureau, Post-Box 16.
 Gamm in Weßfalen (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten 1 Mt. Unterbringung beim Verbandskassierer Carl Bakert in Gamm, Langestr. 62.
 Jena. (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pf. Unterbringung bei Carl Müller, Dreifaltigkeitsstr. 2, Ecke Oberbaumgasse.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.
 Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
 Beschriftung zum 70. Geburtstag des Kaisers von Karl Goldschmidt. Preis 10 Pf.
 Zeitfaden zum Gewerksvereinsgesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pf.
 Wegweiser durch die Unfallversicherungsgesetze von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pf.
 Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pf.
 Fragebogen zum Anwalden-Versicherungsgesetz von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pf.
 Kupferdruckbild des Verbandsamts Dr. Max Hirsch 160x280 mm. Preis 50 Pf.
 Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerksvereine. — Heft Nr. 25 jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.
 Volkswirtschaftslehre von Dr. C. J. Buchs. Preis 80 Pf.
 Arbeiterschutz in der Heimarbeit. 2 Referate von 2 Winter-Berlin und 8. Berni-Dresden. Gratis.
 Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland. 2 Referate von Karl Goldschmidt-Berlin und Johann Bornhäuser-Bromberg. Gratis.
 Tarifverträge und Koalitionsfreiheit. 2 Referate von Karl Goldschmidt und J. D. Käfer-Nürnberg. Gratis.
 Arbeiterschutz insbesondere Maximalarbeitszeit, vom Standpunkte der Deutschen Gewerksvereine von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pf.
 Muster zu Anträgen, Klagen und Beschwerdechriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pf.
 Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzebücher, wie auch Bilder und Schriften anderer Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
 Bestellungen sind immer zu richten an den Verbandsbureau Rudolf Reine, Berlin N.O. 65, Weißwasserstr. 221/222. Das Bureau des Zentralrats Rudolf Reine.